

125  
JAHRE  
caritas

CHRISTLICH, MENSCHLICH, UNERLÄSSLICH:  
NÄCHSTENLIEBE

REPRÄSENTATIVE CARITAS-UMFRAGE

## Corona lässt das Wir-Gefühl in der Gesellschaft schwinden

72 Prozent der Menschen in Deutschland sind der Meinung, der gesellschaftliche Zusammenhalt habe durch die Pandemie gelitten. Zwei Drittel sagen: Institutionen, bei denen sich Menschen ehrenamtlich für andere engagieren, sowie Anbieter von sozialen Hilfen haben in dieser Zeit am meisten dazu beigetragen, die Gesellschaft zusammenzuhalten.

Der Beitrag der Medien, der Politik und kultureller Institutionen zum Zusammenhalt in der Pandemie wird dagegen eher gering bewertet. Das ergab eine von forsa durchgeführte repräsentative Befragung, die der Deutsche Caritasverband in Auftrag gegeben hat.

**AUSGABE  
FEBRUAR 2022**

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

 [caritas-nrw.de/nachrichten](https://caritas-nrw.de/nachrichten)  
 [facebook.de/caritas\\_in\\_NRW](https://facebook.de/caritas_in_NRW)  
 [redaktion@caritas-nrw.de](mailto:redaktion@caritas-nrw.de)

Demnach meinen 37 Prozent der Befragten, der gesellschaftliche Zusammenhalt habe in der Pandemie "deutlich" gelitten. Nur fünf Prozent sagen, er habe "deutlich zugenommen". 35 Prozent finden, er habe "etwas abgenommen", und 20 Prozent, er habe "etwas zugenommen".

"Die Zahlen bestätigen, was unsere Kolleginnen und Kollegen in den Diensten und Einrichtungen erleben. Es gibt großartige Momente gelebter Solidarität und viele Beispiele für ein Zusammenrücken in der Pandemie. Insgesamt überwiegt aber das Gefühl, dass das ‚Wir‘ in der Pandemie erheblich leidet", kommentiert Caritas-Präsidentin Eva Maria Welskop-Deffaa die Ergebnisse. "Die ständige Bedrohung durch das Virus und die Notwendigkeit, Abstand zu halten, haben die Kräfte erschöpft und das Miteinander in Mitleidenschaft gezogen."

Die Signale aus der Praxis seien besorgniserregend: "Viele Pflegekräfte sind ausgebrannt. Sozialarbeiterinnen verzweifeln im

Angesicht von Jugendlichen mit Essstörungen und Kindern mit Angststörungen. Unsere Beratungsstellen sind überlaufen, viele Klientinnen und Klienten wissen nicht weiter", so Welskop-Deffaa. Hinzu komme, dass "die Frage, wie das Virus am besten zu bekämpfen ist, zu Unfrieden und Spannungen in Kollegen- und Freundeskreisen führt".

### Politik bei jungen Menschen abgeschlagen

Auf die Frage, welche Personen oder Organisationen den gesellschaftlichen Zusammenhalt befördern, antworten 67 Prozent, dass "Vereine und Verbände, in denen Menschen sich ehrenamtlich für andere engagieren können", dies "stark" oder "sehr stark" tun. An zweiter Stelle finden sich "Anbieter von sozialen Hilfen" mit einer Zustimmung von 60 Prozent. "Kulturelle Orte" (21 Prozent), "soziale Medien und soziale Netzwerke" (24 Prozent) und die Politik (31 Prozent) werden deutlich weniger als Zusammenhaltstifter erfahren. Bildungseinrichtungen (47 Prozent) und klassische Medien (33 Prozent) liegen dazwischen.

Als Alarmsignal wertet die Caritas, dass wenig junge Menschen einen positiven Beitrag der Politik zur Stärkung des Zusammenhalts sehen. "Offenkundig hat Politik bei jungen Menschen ein Vertrauenskapital verspielt, weil sich diese von den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie belastet oder vergessen fühlen", so Welskop-Deffaa. Von den befragten 14- bis 29-Jährigen werten lediglich 17 Prozent den Beitrag der Politik zum gesellschaftlichen Zusammenhalt als "wichtig". "Die Ergebnisse sind in dem Jahr, in dem der Deutsche Caritasverband sein 125-jähriges Jubiläum feiert, für uns ein starker Ansporn", so die Caritas-Präsidentin. Die Jubiläumskampagne des Deutschen Caritasverbandes **#DasMachenWirGemeinsam** will zeigen: Gemeinsam in alten und neuen Allianzen lassen sich soziale Gräben überspringen und soziale Ungerechtigkeiten überwinden. 

 [www.dasmachenwirgemeinsam.de](https://www.dasmachenwirgemeinsam.de)

## HILFEN FÜR FLUTOPFER

## Zu viel Bürokratie

Schnelle und unbürokratische Hilfe hatte Ministerpräsident Armin Laschet den Betroffenen der Flutkatastrophe im Juli letzten Jahres versprochen. Mehrfach. Damals war Wahlkampf. Ein halbes Jahr nach der Katastrophe warten immer noch viel zu viele Menschen auf Zahlungen. An Bürokratie herrscht kein Mangel.

Die Schäden mussten begutachtet werden - und es fehlte an Gutachtern. Das zuständige NRW-Bauministerium legte fest, dass Anträge auf Wiederaufbau nur online gestellt werden dürfen. Damit waren zunächst viele Menschen überfordert, es dauerte, bis ihnen geholfen werden konnte. Seitdem zieht sich die Bearbeitung der Anträge in die Länge. Antragsteller erhielten keine Rückmeldung, wenn was fehlte, sie erhielten keine Antwort, wenn sie nachfragten, bekamen Zwischenbescheide, aber kein Geld.

Viele Flutopfer warten schon viel zu lange auf die Wiederaufbauhilfen. Das Land ist in der Pflicht, seine Zusage einer schnellen und unbürokratischen Auszahlung endlich einzulösen. Die Flutopfer brauchen das Geld sofort. Warum sind nicht beispielsweise Abschlagszahlungen möglich?

Die Wohlfahrtsverbände können Spendengelder vielfach nicht auszahlen, weil beim Wiederaufbau das Prinzip der Nachrangigkeit gilt. Als Erstes muss - falls vorhanden - die Versicherung den Schadensfall prüfen. Was sie nicht zahlt, übernimmt der Staat, allerdings nur zu maximal 80 Prozent. Erst dann dürfen Spenden zum Einsatz kommen.

Außerdem muss die Bedürftigkeit der Spendenempfänger im Zweifelsfall auch gegenüber dem Finanzamt bewiesen werden können, sonst gefährdet die Caritas ihren Status der Gemeinnützigkeit. In der Summe führen all die bürokratischen Vorgaben zu Verzögerungen, die Frust und Ärger unter den Betroffenen wachsen lassen. ⚡

MARKUS LAHRMANN

## ASYLSTATUS ERFOLGREICH EINGEKLAGT

## Caritas mit Rechtshilfefonds

*Jamal N.\* hat vor Gericht gegen die Bundesrepublik Deutschland gewonnen. Unterstützt wurde er von der Caritas in NRW. N.\*, syrischer Flüchtling, hatte vor Gericht auf die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geklagt. Das Verwaltungsgericht Wiesbaden entschied mit Urteil vom 15.12.2021, dass ihm der Status eines Flüchtlings zuerkannt werden muss, und erlegte die Verfahrenskosten dem BAMF auf.*

Bei dem Verfahren handelt es sich um den ersten abgeschlossenen Prozess, den die Diözesan-Caritasverbände NRW aus ihrem gemeinsamen Rechtshilfefonds unterstützt hatten. Aus dem Fonds sollen Musterklagen von Asylsuchenden finanziert werden, die sich gerichtlich gegen restriktive Behördenentscheide zur Wehr setzen wollen, dies aber aufgrund des Prozesskostenrisikos nicht können oder wollen. Ziel der Caritas ist es dabei letztlich, die richterliche Entscheidungspraxis zu flankieren und durch wegweisende Gerichtsentscheidungen einen Beitrag zur Rechtsfortbildung zu leisten.

Die Caritas in NRW übernimmt dabei die Kosten für eine potenzielle Musterklage nur unter strengen Bedingungen. So müssen die Verfahren Aussicht auf Erfolg haben und sich als Musterprozess eignen. Die klagende Person muss zudem Prozesskostenhilfe beantragen und sich verpflichten, erstattete Kosten ihrerseits dem Rechtshilfefonds zurückzuzahlen, wenn der Prozessausgang erfolgreich war.

### Migrationsrecht auf den Prüfstand stellen

Die in den letzten Jahren erfolgten Gesetzesverschärfungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht - nicht selten im "Hauruckverfahren" - haben nach Erkenntnis der Caritas-Fachdienste für Migration und Integration in vielen Einzelfällen zu Rechtsunsicherheit geführt. Gleichzeitig lastet auf den Behörden politischer Druck, restriktiv zu entscheiden. Das geht zulasten der Rechte und Zukunftsperspektiven von Menschen, die um ein Aufenthaltsrecht in Deutschland kämpfen.

Der Caritas geht es darum, behördliche Entscheidungen und auch einige der gesetzlichen Verschärfungen des sogenannten Migrationspaketes zum Gegenstand



gerichtlicher Überprüfung zu machen. Mit dem Rechtshilfefonds sollen betroffene Personen ermutigt werden, den Klageweg einzuschlagen, und gleichzeitig wird den mit den Verfahren betrauten Anwälten eine dem Arbeitsaufwand angemessene Vergütung gesichert, sodass sie das Verfahren auch annehmen können.

Der Fonds ist zudem gedeckelt, die Auswahl der konkreten Verfahren treffen die Rechtsberaterinnen und Anwälte der fünf Diözesan-Caritasverbände gemeinsam.

Jamal N.\* war vom syrischen Militär desertiert und nach Deutschland geflohen. Vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hatte er lediglich subsidiären Schutz wegen des Bürgerkriegs in Syrien erhalten, im Übrigen war sein Antrag auf Asyl abgelehnt worden. Dagegen hat er geklagt. Das Gericht glaubte ihm, dass ihm bei der Rückkehr nach Syrien Verhaftung und Folter oder gar Exekution durch das Regime drohen. Deswegen muss ihm nach § 3 des Asylgesetzes die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt werden, so das Urteil, das noch nicht rechtskräftig ist. Die finanzielle Unterstützung durch die Caritas ist nun nicht mehr erforderlich. ⚡

\* Name ist der Caritas bekannt.

📌 Aktenzeichen: 6 K 823/20.WI.A

# Impfpflicht: Von "Exodus" kann keine Rede sein

**A**b dem 15. März gilt die einrichtungsbezogene Impfpflicht für Pflegekräfte. Doch die Träger der katholischen Altenhilfe im Erzbistum Paderborn rechnen nicht mit einem "Exodus" von Beschäftigten in ihren Altenheimen und Sozialstationen. Zwar kursieren entsprechende Horrormeldungen und sogar -zahlen derzeit in den Medien, doch die sind nicht seriös und basieren nur auf Vermutungen.

In unserer Arbeitsgemeinschaft Dienste und Einrichtungen der katholischen Altenhilfe im Erzbistum Paderborn, die rund 230 Altenheime und Tagespflegen sowie 110 Sozialstationen mit insgesamt über 13000 Beschäftigten vertritt, liegen zwar keine gesicherten Daten über den Impfstatus ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor, dennoch: Die Impfquote ist sehr hoch, in vielen Einrichtungen liegt sie bei über 95 Prozent.

So gering der Anteil der Beschäftigten, die sich auf keinen Fall impfen lassen wollen, auch ist, so gravierend kann sich dies gerade in kleineren Diensten auswirken. Also etwa in Sozialstationen, wo Ausfälle schlecht zu kompensieren sind. Tatsächlich versuchen gerade bundesweit Pflegekräfte, die sich ausdrücklich als ungeimpft bezeichnen, auf digitalen Plattformen ihre Dienste auf dem privaten Markt der häuslichen Pflege anzubieten.

So etwas ist für mich nicht nachvollziehbar. Wer die eigene Freiheit höher bewertet als das Leben und die Gesundheit der ihm anvertrauten Menschen, muss sich fragen, ob er für diesen Beruf geeignet ist.

Bedauerlich ist dagegen, dass die gegenwärtigen Diskussionen das Image des Pflegeberufes wiederum beschädigen. Ganz ehrlich, die meisten Pflegekräfte – ich selbst übrigens auch – haben diesen tollen Beruf doch aus anderen Motiven gewählt und sollten jetzt nicht anfangen, diesen vom Impfstatus abhängig zu machen. Es ist dringend notwendig, diesen wundervollen Beruf ins richtige Licht zu rücken. Diskussionen der eigenen Berufsgruppe, die sich an der Impfpflicht zerreiben und gar mit Ausstieg drohen, helfen da wirklich nicht weiter.

Und so hoffe ich, dass das Beispiel der überwältigenden Mehrheit der geimpften Pflegekräfte viele noch Zögernde überzeugen wird. Wir werden nicht alle erreichen und auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlieren, aber zu einem Zusammenbruch der Pflege wird dies auf keinen Fall führen. ◀

TOBIAS BERGHOFF

VORSTAND BEIM CARITASVERBAND DORTMUND

✉ [t.berghoff@caritas-dortmund.de](mailto:t.berghoff@caritas-dortmund.de)

## NACHHALTIGE FINANZGRUNDLAGE GEFORDERT

# Ingo Morell ist neuer Präsident der Krankenhausgesellschaft

*Ingo Morell ist zum neuen Präsidenten der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) gewählt worden. Der 63-Jährige folgt auf Jochen Brink, der das Amt neun Jahre ausgeübt hatte. Morell ist Geschäftsführer der Gemeinnützigen Gesellschaft der Franziskanerinnen zu Olpe mbH, zudem steht Ingo Morell auch als Präsident an der Spitze der Deutschen Krankenhausgesellschaft.*

**D**er Präsidentenwechsel in der KGNW fällt in eine für die Krankenhäuser und das Gesundheitssystem besonders herausfordernde Zeit. "Wir wollten es lange nicht wahrhaben: Aber Corona ist nicht nur nicht weg, die Pandemie ist mit einer erschreckend mächtigen Welle zurückgekommen", sagte Ingo Morell. "Dabei haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern schon seit mehr als 20 Monaten bis zur Erschöpfung um das Leben so vieler Patientinnen und Patienten gekämpft. Oft mit Erfolg, oft aber leider auch nicht." Gleichzeitig seien auch die Krankenhausträger immer wieder bis an die Grenzen des wirt-

schaftlich Leistbaren und ins finanzielle Risiko gegangen, damit die Kliniken verlässlich als Rückgrat der Gesundheitsversorgung funktioniert hätten.

### Landesregierung in der Pflicht

In dieser Phase sei auch die Landesregierung in der Pflicht, hob Ingo Morell hervor. Denn für die 341 nordrhein-westfälischen Krankenhäuser gehe es im kommenden Jahr um die zukünftigen Versorgungsstrukturen, wenn die neue Krankenhausplanung in 16 Versorgungsregionen konkret umgesetzt werde. "Unsere Bereitschaft steht, dass wir diesen Weg mitgehen. Wenn

die Krankenhäuser durch Corona in wirtschaftliche Schieflage geraten, fehlt aber die notwendige Basis für solche Verhandlungen." Zugleich wiederholte Morell die Forderung nach einer nachhaltigen Finanzgrundlage für die Krankenhausplanung. ◀

🏠 [www.kgnw.de](http://www.kgnw.de)

### caritas in NRW AKTUELL

Hubertusstr. 3, 40219 Düsseldorf  
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25  
[redaktion@caritas-nrw.de](mailto:redaktion@caritas-nrw.de), [www.caritas-nrw.de](http://www.caritas-nrw.de)

#### Herausgeber:

Caritasverband für das Bistum Essen e. V.

**Chefredakteur:** Markus Lahrmann

**Titelfoto:** Caritas

**Abo-Fragen:** Kevin Jandrey,

Tel.: 0211 / 516066-20, [vertrieb@caritas-nrw.de](mailto:vertrieb@caritas-nrw.de)

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Gestaltungskonzept:** skdesign, Köln

**Druck:** Bonifatius GmbH, Paderborn

**Anzeigenverwaltung:**

Bonifatius GmbH, Astrid Rohde

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Tel.: 05251/153-222, Fax: 05251/153-104

[astrid.rohde@bonifatius.de](mailto:astrid.rohde@bonifatius.de)

ISSN 1611-3527

# Psychosoziale Hilfe wird wichtiger

*Immer noch laufen die Bautrockner – die Geschäftsstelle des Caritasverbandes Euskirchen stand bei der großen Flutkatastrophe selbst unter Wasser. Die Räume im Erdgeschoss sind komplett entkernt. Die Schäden in Höhe von 900.000 Euro übernimmt hoffentlich die Versicherung. Derweil tut die Caritas weiterhin alles, um den Opfern zu helfen.*

## ➤ Die Caritas in Euskirchen hat Ende letzten Jahres ein Fluthilfebüro eröffnet? Was passiert dort?

**Maria Surges-Brilon:** Direkt nach der Flut ging es um akute Nothilfe. Jetzt ist es notwendig, psychosoziale Hilfe für die betroffenen Menschen anzubieten. Das sind Einzelgespräche, aber auch die Vermittlung von Therapieangeboten. Wir wollen aber auch Gruppen initiieren, wollen vielleicht ein Café einrichten, damit sich Betroffene untereinander austauschen. Wo Bedarfe sichtbar werden, knüpfen wir Netzwerke. Wir beraten Menschen und vermitteln Hilfen.

## ➤ Warum sind psychosoziale Hilfen, Café, Team, Netzwerk notwendig?

**Surges-Brilon:** Menschen, die die Flut erlebt haben, sind wirklich im Tiefsten erschüttert worden. Was jedem Menschen Halt und Schutz gibt, das ist das eigene Heim. Dort findet man Zuflucht, dort ist man zu Hause. Wenn das Zuhause nicht mehr da ist, wenn das Zuhause Schaden genommen hat, dann verletzt das die Seele, verletzt das Gefühl von Geschützt-Sein. Die Katastrophe macht Betroffene ganz, ganz anfällig und dünnhäutig.

## ➤ Sie selbst haben am Hilfefonotelefon gesprochen und auch persönlich mit Leuten gesprochen?

**Surges-Brilon:** Manche Menschen sind



**Maria Surges-Brilon** ist Vorständin bei der Caritas Euskirchen und leitet das neu eingerichtete Fluthilfebüro. Fotos: M. L.

wirklich am Boden zerstört, weil alles verloren ist. Sie haben gehört, man kann was beantragen, und kommen zu uns und sind heilfroh, Menschen gegenüber zu sitzen, mit denen sie in erster Linie reden können. Denen sie erzählen können, was sie durchlebt haben. Wir hatten einen Fall, den wir sofort zu einem Psychologen zwei Etagen über uns schicken konnten. Das hat geholfen, Schlimmeres zu verhindern, nämlich stumm zu werden. Ich glaube, psychosoziale Hilfe ist jetzt nötiger denn je.

## ➤ Warum?

**Surges-Brilon:** Weil die Aufräumarbeiten jetzt an einem Punkt sind, dass etwas mehr Ruhe eingekehrt ist. Was viele Menschen zunächst aufrecht gehalten hat, war die körperliche Arbeit: Sie haben Schlamm geschüpft, sie haben entschuttet, die Wände freigelegt. Jetzt im Rohbauzustand trocknen die Häuser, und man kann langsam wieder aufbauen. Über Weihnachten und in der kalten Jahreszeit spüren die Menschen, was die Katastrophe mit ihnen gemacht hat, was sie verloren haben. Eine Betroffene hat gesagt: "Meine Mutter ist vor

Monaten gestorben, aber jetzt ist sie wirklich tot. Ich habe nämlich nichts mehr von ihr, ich habe kein Bild mehr, ich habe keine Andenken mehr, ich habe nichts mehr." Das sind die Prozesse, die jetzt so langsam in Gang kommen. Da braucht es Caritas, da braucht es uns mit dem Fluthilfebüro, um zu unterstützen und an der Seite der Menschen zu sein.

## ➤ Wie wird das Fluthilfebüro finanziert?

**Surges-Brilon:** Die komplette Finanzierung läuft über den Spendentopf von Caritas international. Wir haben eine Zusage für die Finanzierung von drei Vollzeitstellen für zwei Jahre. Wir wissen aber von anderen Flutgebieten, dass auch noch in vier, fünf und sechs Jahren Unterstützung nötig ist, weil die Menschen zwar dann wieder eine Wohnung haben, aber vieles andere auch gerade psychosozial immer noch nicht bewältigt ist. Daher hoffen wir sehr, dass wir so lange da sein können, wie es eben nötig ist. DAS INTERVIEW FÜHRTE M. LAHRMANN.

## FLUTHILFE DER CARITAS

### Millionen ausgezahlt

Das Spendenaufkommen für die Fluthilfe über Caritas international beträgt rund 45 Millionen Euro, die nach Bedürftigkeit verteilt werden. Insgesamt konnten die fünf betroffenen Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Paderborn und Trier die Opfer der Flutkatastrophe mit bislang 9 Millionen Euro unterstützen. 6 Millionen Euro davon flossen in Soforthilfen – unbürokratische Bargeldauszahlungen oder Haushaltsbeihilfen, die der Wiederbeschaffung von Hausrat wie Waschmaschinen oder Kühlschränken dienen. Sie linderten die akute Not. 3 Millionen Euro werden für begleitende psychosoziale Angebote verwendet. Bei allen Angeboten der Caritas stehen die Menschen im Vordergrund: Die Hilfe richtet sich nach dem Bedarf: Wer braucht psychologische Unterstützung? Wer eine Schuldnerberatung? Welche spezifischen Probleme haben ältere Menschen oder Menschen mit geringem Einkommen? ↻

➤ Siehe Kommentar auf S. 2.





Foto: Jo Schwarz

### Amtswechsel

Zum Jahreswechsel hat Christian Woltering das Amt als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW übernommen. Der Landesgeschäftsführer des Paritätischen NRW folgt auf Dr. Frank Johannes Hensel, Direktor des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln. "Fast zwei Jahre Pandemie und ein halbes Jahr Flut. Und daneben der Alltag mit Stellungnahmen, Fachtagungen oder Terminen mit Ministerien", ließ Hensel die vergangenen zwei Jahre seines Vorsitzes der Freien Wohlfahrtspflege NRW Revue passieren. "Ohne die gute Zusammenarbeit der Verbände und der Ausschüsse in

unserer Arbeitsgemeinschaft wäre all dies nicht leistbar gewesen", so sein besonderer Dank. ↻

### Neues Netzwerk NBE

Organisationen aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft haben sich in Nordrhein-Westfalen zum Netzwerk bürgerschaftliches Engagement NRW (NBE NRW) zusammengeschlossen. Der unabhängige und freiwillige Zusammenschluss versteht sich als Sprachrohr für die Engagierten im Land, wie die Landesregierung mitteilte. Die Staatskanzlei sei dem NBE NRW als Gründungsmitglied beigetreten und werde dessen Arbeit mit bis zu 200.000 Euro pro Jahr fördern. Das Netzwerk wolle die Engagementstrategie des Landes weiterentwickeln und dabei die lokale, regionale und Landesebene sowie unterschiedliche Sektoren durch Austausch- und Arbeitsformate verbinden, hieß es. Zur Gründungsgruppe gehören laut der Homepage des Zusammenschlusses unter anderen die

Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen und das Bistum Essen als Vertreter der fünf nordrhein-westfälischen Diözesen. Auch die fünf Diözesan-Caritasverbände sind Gründungsmitglieder. ↻

### Ehrenamtsplattform

Menschen, die sich bei der Caritas freiwillig engagieren wollen, finden auf einer Online-Plattform Informationen zu Ehrenämtern in Nordrhein-Westfalen und Teilen Niedersachsens. Auf der Website können Interessierte per Postleitzahl und nach Tätigkeitsfeld nach konkreten Ehrenämtern suchen. Angezeigt werden Angebote etwa im Bereich Senioren, Kinder, Nachbarschaftshilfe und Tierschutz. Zudem können Einrichtungen Gesuche veröffentlichen.

Betrieben wird das Portal von den Caritasverbänden in den Bistümern Köln, Aachen, Essen, Hildesheim, Paderborn und Münster sowie dem Officialatsbezirk Oldenburg. ↻ (KNA)

🏠 [www.dasehrenamtsportal.de](http://www.dasehrenamtsportal.de)

## ARBEITSLOSENREPORT DER WOHLFAHRTSPFLEGE

# Corona belastet den Ausbildungsmarkt erheblich

*Die Zahl der Jugendlichen, die nach der Schule ohne Ausbildungsplatz oder Anschlussqualifizierung dastehen und quasi abtauchen, steigt in der Corona-Krise deutlich an. Das belegt der Arbeitslosenreport der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege (LAG) NRW. Gleichzeitig sinkt auch die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze.*

Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz ist in der Corona-Pandemie stark zurückgegangen, so die Statistik der Bundesagentur für Arbeit. 2020/2021 gab es 107529 Bewerber um einen Ausbildungsplatz (2018/2019: 128508). Ein Grund sind die beschränkten Zugangswege zu Berufsberatung, Schulsozialarbeit und Lehrkräften. Dadurch stehen Schülerinnen und Schüler in Abgangsklassen in einer für sie ohnehin extrem belastenden Situation ohne Ansprechpartner da. Ihnen fehlen Personen, die ihnen mit professioneller Unterstützung im direkten Kontakt weiterhelfen können. Jobcenter und Arbeitsagenturen waren und sind wegen Coro-

na oft schwerer erreichbar, sodass etliche der Jugendlichen abgetaucht sind und sich gar nicht erst ausbildungssuchend melden.

Junge Menschen müssten verlässliche Begleitung am Übergang von der Schule in den Beruf durch Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie durch die Beratungsfachkräfte der Arbeitsagenturen erfahren, so die Forderung der Wohlfahrtspflege. Der Arbeitslosenreport zeigt auch, dass 6993 junge Menschen in NRW ohne Ausbildungsplatz, ohne Fördermaßnahme, ohne weiteren Schulbesuch und ohne Arbeitsplatz bleiben und damit als "unversorgt" gelten. ↻

🏠 [www.arbeitslosenreport.de](http://www.arbeitslosenreport.de)

## WERBEVERBOT FÜR ABTREIBUNGEN

# § 219a soll bleiben

Der Vorsitzende des Diözesan-Caritasverbandes Münster, Pfarrer Dr. Christian Schmitt, wendet sich gegen die geplante Abschaffung des Paragraphen 219a. Das "Werbeverbot" für Schwangerschaftsabbrüche solle in der deutschen Rechtsordnung erhalten bleiben, "damit das Nicht-Normale der Abtreibung im Bewusstsein bleibt", plädiert Schmitt.

**A**uch wenn der § 219a keine Abtreibung verhindern werde, habe das Gesetz "rechtspolitisch eine wichtige Bedeutung", so der Caritas-Vorsitzende. Das Bewusstsein für den Wert des ungeborenen menschlichen Lebens dürfe nicht weiter ausgehöhlt werden. Die Regelung in der bestehenden Fassung drücke aus, dass es sich bei der Abtreibung "nicht um eine normale ärztliche Dienstleistung handelt", erklärt Schmitt.

Zu bedenken ist aus Schmitts Sicht, dass eine Abtreibung nach § 218 weiterhin rechtswidrig bleibe. Nur wenn die Bedingungen des § 218a wie vorherige Beratung, Fristwahrung und Durchführung durch einen Arzt erfüllt seien, könne sie straffrei bleiben. Es bleibe aber die in Artikel 1 des Grundgesetzes festgelegte Pflicht des Staates bestehen, "das vorgeburtliche menschliche Leben zu schützen".

Der § 219a sieht in der derzeit noch geltenden Fassung vor, dass Schwanger-



Foto: Westbild

**Pfarrer Dr. Christian Schmitt**, Vorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes Münster

schaftsabbrüche nicht wegen eines "eigenen Vermögensvorteils" oder "in grob anstößiger Weise" angeboten, angekündigt oder angepriesen werden dürfen. Die detaillierteren Regelungen lassen nach Ansicht von Schmitt darüber hinaus genügend Informationen zu.  CPM

## TROTZ HARTZ-IV-ANPASSUNG

# Energieschulden vorprogrammiert

Zum 1. Januar 2022 sind die Regelleistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende ("Hartz IV") gestiegen. Zu wenig, kritisiert die Caritas und verweist auf horrend gestiegene Energiekosten.

**I**m Vergleich zum Januar 2021 sind die Regelleistungen zum 1. Januar 2022 um drei Euro gestiegen. Für Stephan Jentgens, Diözesan-Caritasdirektor im Bistum Aachen, ist das deutlich zu niedrig. "Die geringe Anhebung der Regelleistungen deckt die gestiegenen Kosten in keiner Weise ab. Vor allem der Anstieg der Energiepreise kann von den Haushalten, die Grundsicherungsleistungen beziehen, nicht aufgefangen werden. Die Finanzierungslücke wird immer größer." Der Haushaltsstrom bei einer alleinstehenden Person wird mit lediglich 36,44 Euro monatlich in der Regelleistung berücksichtigt, der durchschnittliche Bedarf bei einem Einper-

sonenhaushalt liegt aber bei 48 bis 50 Euro im Monat. "Energieschulden sind für die Menschen in Grundsicherungsleistungen vorprogrammiert", sagt Roman Schlag, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände, und fordert: "Stromkosten müssen endlich in tatsächlicher Höhe berücksichtigt werden."

Der Caritasverband stellt einen aktualisierten Testbogen zur Verfügung, der einen ersten Überblick über Leistungen und Ansprüche auf Grundsicherung für Arbeitsuchende bietet. 

 [www.caritas-ac.de/testbogen](http://www.caritas-ac.de/testbogen)

CHH



Foto: Caritas Euskirchen

## "Iglous" für Wohnungslose

**F**inanziert durch die Kreisstadt Euskirchen, hat die Caritas Euskirchen "Iglous" für wohnungslose Menschen angeschafft. Obdachlose, die im Winter draußen schlafen, finden damit einen verlässlichen Schutz gegen Nässe und Kälte.

Keinesfalls sind die "Iglous" als Ersatz für die bestehenden Unterbringungs- und Übernachtungsangebote gedacht, betont die Caritas. Aber manche Wohnungslose entscheiden sich aus persönlichen Gründen gegen eine Unterbringung oder Übernachtung in der Notschlafstelle. Dahinter kann eine psychische Erkrankung stehen, manche halten es nicht mit mehreren Personen in einem Raum aus. Andere empfinden nach Jahren auf der Straße die Vorstellung, in einem geschlossenen Raum zu übernachten, als sehr beängstigend. Auch Suchterkrankungen und der damit einhergehende Druck zu konsumieren spielen bei der Entscheidung eine Rolle.

Die "Iglous" stammen von einem tschechischen Start-up. In Euskirchen stehen 25 Einzel-"Iglous" und fünf "Iglous" für zwei Personen zur Verfügung. Sie bestehen aus einem dicken, wärmeisolierenden Material und halten durch die Körperwärme des Nutzers die Innentemperatur zuverlässig zehn bis 15 Grad über der Außentemperatur. Streetworker bringen die "Iglous" für die Nutzer an den gewünschten Ort und helfen beim Aufbau und suchen die Schlaforte regelmäßig auf. 